
Bericht über "Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63"

Im Vorfeld von Kennedys West-Berlin-Besuch holte die Staatssicherheit Informationen aus den dort politisch involvierten Kreisen der SPD und CDU ein. Eine "zuverlässige Quelle" berichtete von Gesprächen zwischen Berlins Regierendem Bürgermeister Willy Brandt und CDU-Oppositionsführer im Abgeordnetenhaus Franz Amrehn.

Am 26. Juni 1963 besuchte der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy West-Berlin. Anlass war der 15. Jahrestag der Berliner Luftbrücke. Im Mittelpunkt des Besuchs stand eine gemeinsame Fahrt mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und Berlins Regierendem Bürgermeister Willy Brandt im offenen Wagen durch die westliche Stadthälfte. Dabei säumten etwa zwei Millionen Menschen jubelnd die Straßen, um den amerikanischen Präsidenten in Empfang zu nehmen. Die anschließende Rede Kennedys vor dem Schöneberger Rathaus gipfelte in seinen berühmten Ausspruch "Ich bin ein Berliner".

Das Bekenntnis des US-Präsidenten zur Enklave West-Berlin als einer vor dem Kommunismus zu verteidigenden freien Stadt war während des Kalten Krieges von besonderer Bedeutung für die westliche Welt. Die DDR-Führung befürchtete Aufruhr in Ost-Berlin und verhängte das Brandenburger Tor vorsorglich mit Sichtblenden, um einen freien Blick über die Mauer auf John F. Kennedy zu verhindern. Bereits im Vorfeld des angekündigten Besuchs wurde die Staatssicherheit aktiv, um Sympathiebekundungen für Kennedy in Ost-Berlin und potentielle Grenzübertritte zu verhindern.

In einer "Einzelinformation" an die Parteispitze vom 30. Mai 1963 berichtet die Spionageabteilung Hauptverwaltung A (HV A) über Gespräche zum bevorstehenden Kennedy-Besuch in Kreisen der West-Berliner CDU und des Senats. Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt und CDU-Oppositionsführer Franz Amrehn hätten sich demnach auf drei wesentliche Ziele des Besuchs von John F. Kennedy verständigt. Diese sollten insgesamt zu einer Stärkung der politischen Stellung West-Berlins führen. Darüber hinaus geht der Bericht auch auf einen geplanten West-Berlin-Besuch des französischen Präsidenten Charles de Gaulle ein. Das Papier ist an Walter Ulbricht, den sowjetischen Geheimdienst KGB (als "AG" bezeichnet) und zwei MfS-Abteilungen adressiert.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 766, BL 1-4

Metadaten

Diensteinheit: Hauptverwaltung	Urheber: MfS
Aufklärung	Datum: 30.5.1963
Rechte: BStU	

Bericht über "Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63"

BStU
000001

Ablage

Verteiler:

1. Gen. Ulb ✓	30.5.1963
2. Ros. vernichtet	6
3. AG	4
4. HA/V ✓	6.
5. Abt. VII/	
6. Ablage	

345 63

E.I.

über

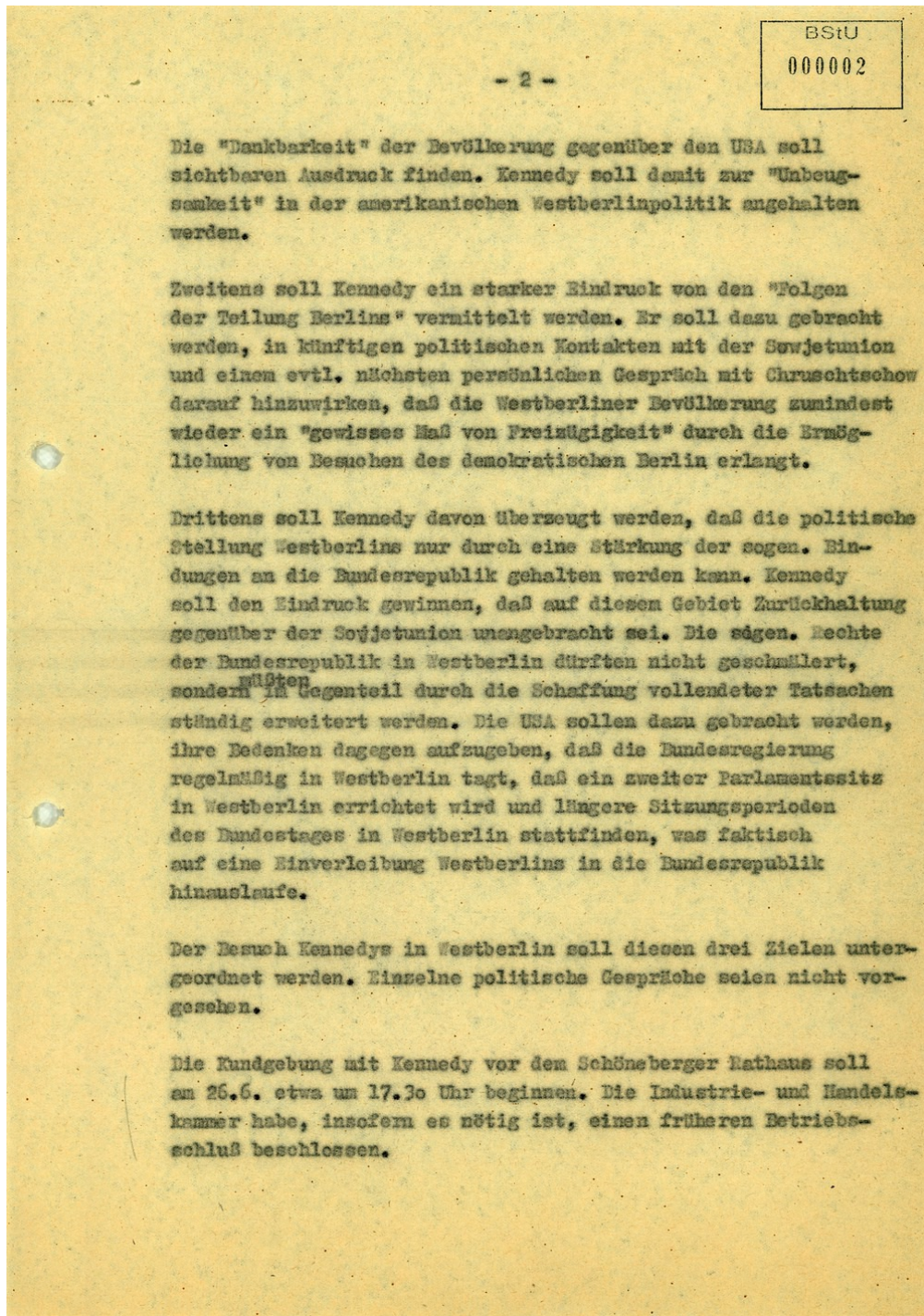
Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise
zum Besuch Kennedys am 26.6.63

=====

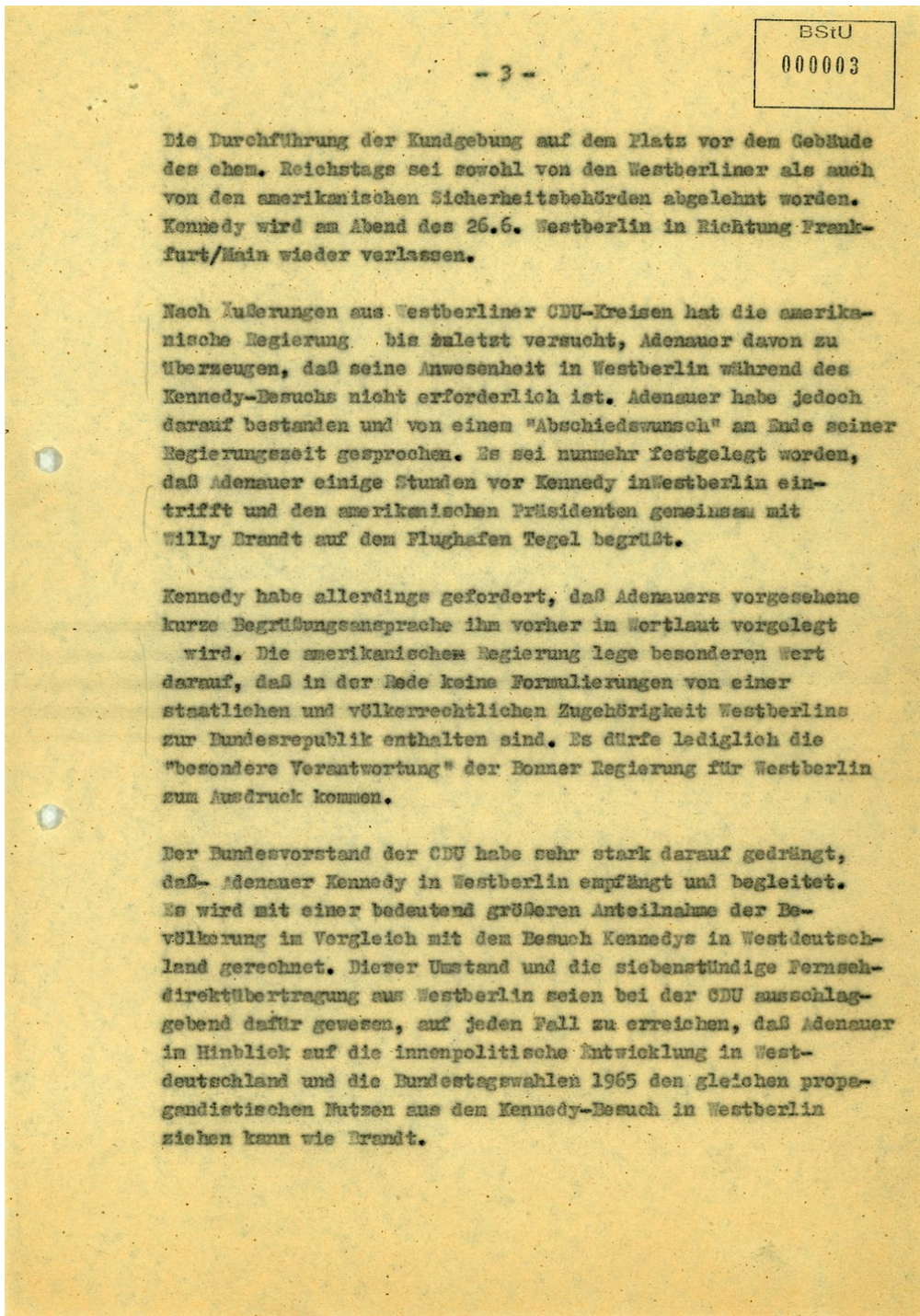
Eine zuverlässige Quelle berichtete über Äußerungen führender CDU- und Senatskreise Westberlins zu den politischen Zielen, die Senat und CDU mit dem geplanten Besuch Kennedys in Westberlin am 26.6.63 erreichen wollen, sowie über einige organisatorische Fragen des Besuchs. Daneben liegen Äußerungen der gleichen Kreise zum Projekt eines de-Gaulle-Besuchs in Westberlin und zur Frage der Exklave Steinstücken vor.

In interfraktionellen Gesprächen zwischen Brandt und Anrehn sei Übereinstimmung darüber erzielt worden, im wesentlichen drei politische Ziele mit dem Kennedy-Besuch in Westberlin erreichen zu wollen. Erstens soll Kennedy durch einen starken Kontakt mit der Westberliner Bevölkerung, durch eine erweiterte Stadtrundfahrt und die geplante große Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus die Überzeugung aus Westberlin mitnehmen, daß der "Freiheitswille" der Bevölkerung "ungebrochen" sei.

Bericht über "Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63"



Bericht über "Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63"



Bericht über "Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63"

